



Antrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Isabell Zacharias, Martina Fehlner, Georg Rosenthal, Helga Schmitt-Bussinger, Inge Aures, Horst Arnold, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Dr. Simone Strohmayer, Margit Wild, Susann Biedefeld, Kathi Petersen SPD**

Stellungnahme zum Interessenkonflikt der Staatsministerin für Wissenschaft und Kunst

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsministerin für Wissenschaft und Kunst Prof. Dr. med. Marion Kiechle wird aufgefordert, im Ausschuss für Wissenschaft und Kunst ausführlich zu den in Presseberichten geschilderten Vorkommnissen im Zusammenhang mit ihrer Beteiligung an der Firma Therawis Diagnostics Stellung zu nehmen.

Offengelegt werden sollen

- die Hintergründe und Details der Firmenbeteiligung von Frau Prof. Dr. med. Marion Kiechle und der mehrfachen Erwähnung eines Medizinprodukts der Firma, die die heutige Staatsministerin noch in ihrer Funktion als Wissenschaftlerin in Publikationen ohne Hinweis auf eine persönliche wirtschaftliche Beteiligung tätigte;
- das weitere Vorgehen der Staatsregierung zur Untersuchung der Vorfälle von unabhängiger Seite;
- die Konsequenzen, die aus den Vorfällen gezogen werden, so dass der Wissenschaftsstandort Bayern nicht weiter in Misskredit gezogen wird.

Begründung:

Süddeutsche Zeitung, BR, NDR und WDR haben im Juli 2018 nach eigenen Recherchen berichtet, dass die heutige Staatsministerin für Wissenschaft und Kunst Prof. Dr. Marion Kiechle noch in ihrer Funktion als Professorin für Gynäkologie an der Technischen Universität München (TUM) vor ihrer Berufung zur Staatsministerin mehrfach in wissenschaftlichen Publikationen ein medizinisches Produkt der Firma Therawis Diagnostics positiv erwähnt hatte, ebenfalls in einer Pressemitteilung der Firma. An keiner Stelle erwähnt wurde in den verschiedenen Äußerungen die wirtschaftliche Beteiligung der Wissenschaftlerin an der Firma Therawis Diagnostics.

Sowohl vonseiten des Deutschen Ethikrats wie auch von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern wurde daraufhin deutlich formuliert, dass dieses Vorgehen nicht den grundlegendsten Normen guter wissenschaftlicher Praxis entspricht. In einer Vielzahl von Presseberichten ist inzwischen bundesweit der Interessenkonflikt thematisiert worden, in dem die heutige Staatsministerin bis heute steht. Verschärft wird die Diskussion, seit Experten die Qualität des beworbenen Produkts anzweifeln und die positiven Bewertungen der Wissenschaftlerin vorrangig dem wirtschaftlichen Eigeninteresse zuschreiben.

Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler kritisieren, dass die Staatsregierung zu den Zusammenhängen keinerlei Erklärung abgibt und damit in Kauf nimmt, dass die Reputation des Wissenschaftsstandorts Bayern leidet.

Bayern ist ein starker Standort für exzellente Wissenschaft in Deutschland. Für exzellente Wissenschaft ist es notwendig, dass eine Unabhängigkeit der Forschung von wirtschaftlichen und politischen Interessen besteht, um die Richtigkeit und Zuverlässigkeit von Forschungsergebnissen zu garantieren. Der Wissenschaftsstandort Bayern lebt von einer Garantie der Unabhängigkeit. Die Staatsregierung ist verantwortlich für eine unverzügliche Klärung der öffentlich gewordenen Interessenkollisionen der heutigen Staatsministerin für Wissenschaft und Kunst, damit die Glaubwürdigkeit der Wissenschaft nicht weiter Schaden erleidet.